

## **Inklusive Vielfalt im Landkreis Dachau: Ein Blick auf neue Wege**

Bezirksrätinnen erkunden mit Inklusionsbeauftragter Einrichtungen im Landkreis Dachau, um Inklusionserfolge und Herausforderungen zu beurteilen.

Im Landkreis Dachau zeigt sich ein bemerkenswerter Trend in der Inklusion von Menschen mit Behinderung. Dabei spielen Initiativen in Einrichtungen wie dem Franziskuswerk Schönbrunn und dem heilpädagogischen Heim „Die Wiege“ eine zentrale Rolle. Diese Entwicklungen sind nicht nur für die direkt betroffenen Personen von Bedeutung, sondern auch für die gesamte Gesellschaft, die zunehmend vor der Herausforderung steht, Vielfalt zu akzeptieren und zu integrieren.

### **Inklusionsbeauftragte auf Erkundungstour**

Die Inklusionsbeauftragte des Bezirks Oberbayern, Kriegl, wurde von der Bezirksrätin Burgmaier eingeladen, um sich vor Ort ein Bild von der Situation zu machen. Ihr Besuch in den Einrichtungen im Landkreis Dachau hat das Ziel, herauszufinden, wie gut die Integrationsmaßnahmen funktionieren und wo es Verbesserungspotential gibt. Diese direkte Auseinandersetzung ist essenziell, um die Herausforderungen in der Inklusion zu thematisieren und Lösungsansätze zu erarbeiten.

### **Erste Schritte: Ein inklusives Café**

Ein positives Zeichen in dieser Richtung ist die Eröffnung des ersten inklusiven Cafés im Landkreis, das Menschen mit und

ohne Behinderung eine gemeinsame Arbeits- und Begegnungsstätte bietet. Initiatorin Tanja Patti betont, dass die Zusammenarbeit und der Austausch in der Gesellschaft gestärkt werden müssen. „Mein Wunsch wäre, dass wir Nachahmer anstecken“, sagt sie, was den Gemeinschaftsgedanken unterstreicht.

## **Personalmangel als Herausforderung**

Dennoch bleibt festzuhalten, dass es in der Inklusion auch große Herausforderungen zu bewältigen gilt. Ein zentrales Problem ist der Personalmangel in den Einrichtungen, wie die Geschäftsführerin des Franziskuswerks, Michaela Streich, erklärt. Die Institutionen müssen oft viel in die Weiterbildung von Hilfskräften investieren, um die Qualität der Betreuung aufrechterhalten zu können. „Vor zehn Jahren wäre die Einrichtung unter den jetzigen Bedingungen geschlossen worden“, stellt Streich fest und macht damit deutlich, wie wichtig es ist, die Rahmenbedingungen zu verbessern.

## **Rechtliche Hindernisse für die Integration**

Ein weiteres Hindernis ist die Platzfreihalteregelung des Bezirks, die es Menschen, die in Wohngruppen leben, nur in einem engen Rahmen erlaubt, außerhalb ihrer Einrichtung zu übernachten. Solche Regulierungen führen nicht nur zu zusätzlichem bürokratischem Aufwand, sondern belasten auch die Familien der Betroffenen finanziell und emotional. Streich berichtet, dass in einem konkreten Fall bereits hohe Mehrkosten entstanden sind, weil die Regelungen eine flexible Betreuung unmöglich зробили.

## **Inklusion in der Bildung**

Die Frage der Inklusion setzt sich zudem im Bildungsbereich fort. Philippe Barth, Geschäftsführer der Wiege, nimmt die Problematik auf und betont, dass Inklusion vielfach nur für

Kinder mit leichten Einschränkungen realisierbar ist. „Inklusion scheitert oft an den finanziellen Rahmenbedingungen und den bestehenden Vorschriften“, so Barth. Die Bildungspolitik muss hier nachbessern, um für alle Kinder gleiche Chancen zu schaffen.

## **Wie ein Mangel an Räumlichkeiten den Fortschritt bremst**

Ein weiteres zentrales Problem ist der Mangel an geeigneten Räumlichkeiten. Während viele Einrichtungen um Ressourcen kämpfen, bleibt die Frage nach neuen Standorten häufig unbeantwortet. Barth versucht seit mehreren Jahren, geeignete Räumlichkeiten für mehr Plätze zu finden, jedoch ohne Erfolg. Diese starren Rahmenbedingungen führen zu einem frustrierenden Stillstand und hindern die Beteiligten daran, ihre Angebote weiterzuentwickeln.

## **Fazit: Die gemeinsamen Anstrengungen sind gefragt**

Die Entwicklungen im Landkreis Dachau stehen exemplarisch für den Kampf um eine bessere Inklusion und Teilhabe von Menschen mit Behinderung in der Gesellschaft. Während sich Initiativen wie das inklusive Café positiv auswirken, stehen gleichzeitig strukturelle Probleme und rechtliche Herausforderungen im Weg. Die Kommunikation zwischen Politik und betroffenen Einrichtungen ist entscheidend, um gemeinsam tragfähige Lösungen zu finden und die Lebensqualität für alle zu verbessern. Letztendlich sind es die gemeinsamen Anstrengungen von allen Beteiligten, die den Weg zu einer inklusiveren Gesellschaft ebnen müssen.

**Besuchen Sie uns auf: [n-ag.de](https://n-ag.de)**